AUSZUG aus dem PROTOKOLL

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration am 28.08.2018 im Großen Sitzungssaal 018, 37083 Göttingen, Reinhäuser Landstr. 4

Tagesordnungspunkt 11: 0034/2018

Mehr geflüchtete Menschen aufnehmen - Kommune der Zuflucht werden; hier: Antrag der Gruppe LINKE./PIRATEN/PARTEI vom 01.02.2018

- 1. Der Landkreis Göttingen tritt an das Niedersächsische Innenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) heran, um über das bisherige Kontingent hinaus 50 weitere Geflüchtete in den Landkreis Göttingen aufzunehmen. Die 50 neuen Flüchtlinge sollten Familienangehörige der im Landkreis Göttingen schon wohnenden Flüchtlinge mit subsidiären Schutz sein. Hierbei denken wir besonders an die Familienangehörige, die sich derzeit an der syrisch/türkischen Grenze befinden. Der Nachzug in den Landkreis Göttingen soll außerhalb der seit dem 01. August 2018 bestehenden Härtefallregelung des Bundes zum Familiennachzug für Menschen mit eingeschränkten Schutzstatus erfolgen. Der Landkreis Göttingen knüpft hierbei an das Konzept "Willkommen in Stadt und Landkreis Göttingen" an. Die vorhandene Infrastruktur "Haus der Nationen", Einrichtungen in Hann. Münden und Wollershausen, GAB und die Vielzahl an freiwilligen und professionellen Helfer/innen im Landkreis ermöglicht die Aufnahme von 50 zusätzlichen Flüchtlingen.
- 2. Mit diesem Vorstoß unterstützt der Landkreis die Initiative in der Stadt Göttingen eine "Kommune der Zuflucht" (Solidarity City) zu werden.